

Neues Deutschland

02.04.2009 / Wirtschaft/Soziales / Seite 14

Mehr Grün für die Menschen

Kongress der Deutschen Umwelthilfe will soziale mit ökologischer Gerechtigkeit verbinden

Von Hans-Gerd Öfinger

Wie können angesichts der globalen Krise Umweltgerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit besser zusammengeführt werden? Über diese Frage und konkrete Handlungsschritte diskutierten über 200 engagierte Politiker, Wissenschaftler, Umweltaktivisten und sozial engagierte Menschen zwei Tage lang in Frankfurt am Main.

Ausgangspunkt der Veranstaltung der Deutschen Umwelthilfe e. V. (DUH) war die Erkenntnis, dass sich sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen häufig in Stadtteilen konzentrieren, die durch Hauptverkehrsstraßen höheren Lärm-, Abgas- und Feinstaubbelastungen ausgesetzt sind und gleichzeitig über weniger Grün- und Naherholungsflächen verfügen als andere Quartiere. »Umweltschutz ist daher auch ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit«, bringt es die DUH auf den Punkt.

Im Sinne dieses Leitmotivs sprach sich der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Michael Müller, dafür aus, beim wirtschaftlichen Umbau für den Klimaschutz die soziale Frage mit einzubeziehen. Ebenso sei eine neue Diskussion über die Daseinsvorsorge und die Rolle des Staates notwendig, so Müller. Ein roter Faden in der Diskussion war auch die Erkenntnis, dass interdisziplinäres, ganzheitliches Denken und Kooperation etwa zwischen Sozial- und Umweltpolitikern und den entsprechenden Behörden erforderlich sei. Bestehende behördliche Strukturen und Zuständigkeitsbereiche stünden diesem Ziel aber vielfach im Wege.

Der Kongress war vor allem ein Forum für kommunale Praktiker. Sie schilderten örtliche Projekte in den Bereichen Verkehr, Klimaschutz, Wohnungsbau und Stadtentwicklung. Verkehrsplaner aus Norderstedt und Münster (Westfalen) beschrieben Maßnahmen zur Lärminderung und Verlagerung des Verkehrs auf Bus, Bahn und Fahrrad. Frankfurter Wohnungsbauexperten befassten sich mit Energieeinsparung und der Förderung von Niedrigenergiehäusern. Ursula Knoth vom Frankfurter Caritasverband stellte das Projekt »Stromspar-Check« vor, mit dem Langzeitarbeitslose zu Energiesparhelfern ausgebildet worden seien, die ihrerseits – als »Ein-Euro-Jobber« – einkommensschwachen Haushalten beim Aufspüren heimlicher Stromfresser und Einsparen von Energie helfen könnten. Angesichts sprunghaft gestiegener Energiekosten und häufiger Konflikte mit den Behörden um die Heizkostenübernahme nähmen Energieschulden zu. Zudem wohnten Hartz-IV-Bezieher oft in Häusern mit schlechter Heizung und unzureichender Wärmeisolation.

Die Bedeutung von Grün- und Freiflächen für die Lebensqualität und das Wohlbefinden von Stadtbewohnern unterstrich Torsten Wilke vom Bundesamt für Naturschutz: »Sparpolitik bei der Versorgung und Erhaltung von Grünflächen wird nicht ohne Folgen für die Kosten im Gesundheitswesen bleiben.« Das Engagement für mehr Grün in den Städten sei eine Aufgabe der ganzen Gesellschaft. Die Natur müsse nicht nur vor dem Menschen, sondern auch für den Menschen geschützt werden.

Die Stadtplanerin Bettina Kynast aus Jena berichtete über den Umbau der Plattenbausiedlung Lobeda zum grünen Universitätsstadtteil. In dieser 40 Jahre alten Siedlung nahe der Autobahn A 4 sei durch Abbruch einzelner Gebäude, Schaffung neuer Freiräume, Anbindung an das Straßenbahnnetz und weitere Maßnahmen der Leerstand gering und die Identifizierung der Bewohner mit dem Viertel sehr hoch. Die Abdeckung der Autobahn schaffe neue Grünflächen und in den unmittelbar angrenzenden Wohnblocks neue Lebensqualität: »Man kann die Balkone wieder nutzen«. Gut 80 Kilometer saaleaufwärts, im oberfränkischen Hof, engagiert sich die Geografin Cäcilie Scheffler im Stadtteilmanagement des Bahnhofsviertels zusammen mit den Anwohnern für mehr Grün und Freiflächen und gleichzeitig für ein Ganztagesangebot und Hausaufgabenbetreuung in der örtlichen Grundschule.

Christa Müller von der Stiftung Interkultur beschrieb die bundesweite Bewegung für »interkulturelle Gärten«, die Menschen unterschiedlichster Herkunft zusammengeführt habe. Diese Gärten seien »viel mehr als ein Ort der Gemüseproduktion«. Sie hätten sich zu »Stätten des gesellschaftlichen Austausches« entwickelt und wirkten als »Balsam für die Seele«. Allerdings könne der eigene Kartoffelanbau durch Hartz-IV-Bezieher keinesfalls den Sozialstaat ersetzen, betonte Müller.

URL: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/146579.mehr-gruen-fuer-die-menschen.html>